

Eine herbe Enttäuschung

Der Bundestag kommt über eine Sympathieerklärung für die Genfer Initiative nicht hinaus

von Reiner Bernstein¹

Die Rede von Außenminister Joschka Fischer in der kurzen Debatte des Bundestages am 13. Februar kann von den Initiatoren der „Genfer Initiative“ nur als eine herbe Enttäuschung verstanden werden. Zwar hat Fischer das Dokument als „ein bedeutendes Signal“ gewürdigt, aber gleichzeitig dem Antrag der FDP-Fraktion vom Dezember 2003, der die Bundesregierung zum Handeln ermutigen wollte, einen „großen Interpretationsbedarf“ bescheinigt, *vulgo* abgelehnt. Geblieben ist eine interfraktionelle Kundgebung, die auf jede Aufforderung verzichtet, die Regierung möge ihr politisches Gewicht zugunsten der „Genfer Initiative“ in die nahöstliche Waagschale werfen.

Die Enttäuschung über Fischers Rede fällt umso größer aus, weil der deutsche Außenminister darauf dringt, dass der Weg zum Frieden zwischen Israelis und Palästinensern nur über die „Road Map“ führen könne. Diese Engführung entspricht zwar dem Primat gouvernementalen Denkens, wonach die Politik alleinige Angelegenheit der Kabinette sei und sich dabei auf den „Logan Act“ des US-Kongresses von 1799 berufen kann, nimmt aber dreierlei in Kauf, nämlich

– dass Washington in seiner Rolle als Motor der „Road Map“ des Nahost-„Quartetts“ noch einmal bestätigt wird, obwohl es seine politische Aufmerksamkeit vom israelisch-palästinensischen Konflikt vollständig zugunsten des Iraks abgezogen hat,

¹ Abgeschlossen am 20.02.2004.

- dass die Erfolgsaussichten der „Road Map“ in Brüssel äußerst skeptisch beurteilt werden und
- dass Fischers Rede unter solchen Voraussetzungen der israelischen Regierung das Heft des Handelns überlässt, obwohl der Außenminister wissen muss, dass von Sharon weder die Implementierung der „Road Map“ noch ein souveräner Staat Palästina zu erwarten sind.

Die Beschlussfassung des Bundestages ist deshalb eine Sympathiebekundung, jedoch keine Willenserklärung geblieben. Diesen Tonfall hat der interfraktionelle Antrag aus eigener Einsicht oder auf Druck von außen selbst angeschlagen, und der der Bürgerbewegung entfremdete Außenminister hat ihn kraftvoll gefördert. Das Parlament zeigt sich offenkundig damit zufrieden, dass seine Erklärung umgehend im Aktenschrank unter „ferner liefern“ landet. Palästinenser und Israelis hätten fürwahr ein deutliches Zeichen aus Berlin erwarten dürfen, ein Zeichen, das sich zur „Genfer Initiative“ als Grundlage des friedenspolitischen Richtungswechsels bekennt. Doch die Bundesregierung glaubt wohl noch immer an den Erfolg der „Road Map“ und glaubt deshalb, auf die „Genfer Initiative“ verzichten zu können. So gehen Mord und Gewalt im Nahen Osten unvermindert weiter, weil ihnen niemand Einhalt bieten will.
